



# Bürgerbrief

Informationen der Initiative für mehr direkte Demokratie

PF 78, 1108 Wien, Tel.: 0676-777 46 87

Bankverbindung: Erste Bank, BLZ 20 111, Kontonr.: 046 650 66

*„Die wichtigen Fragen brauchen eine ehrliche öffentliche Debatte.“*

Liebe Leserin! Lieber Leser!

## Nein zum Krieg!

In Zeiten, in denen der Krieg wieder Mittel der Politik geworden ist, müssen wir Bürger unsere Verantwortung wahrnehmen. Daher fordern die Unterstützer des *Volksbegehrens für mehr direkte Demokratie* mehr Mitsprache in den wichtigen Fragen.

Der Krieg ist in unsere unmittelbare Nähe gerückt - die Folgen sind nicht abzuschätzen, nicht zuletzt auch weil alle am Krieg beteiligten Gruppen ungeniert mit dem Einsatz von Nuklear- und Biowaffen drohen. Zu leiden haben hier wie dort wir, die Zivilbevölkerung. Anstatt unseren Status als neutrales Land zu nutzen und sich für Frieden einzusetzen, reihen sich erschreckend viele unserer Politiker in die gegenwärtige Kriegstreiberei ein und fordern sogar militärische Beistandspflicht innerhalb eines EU-Militärbündisses! Dies obwohl weit mehr als die Hälfte der Mitgliedsstaaten der EU, darunter sogar auch solche Staaten, die bereits der NATO angehören, derzeit für eine militärische Beistandsverpflichtung zwischen den EU-Staaten nicht zu haben sind! Gegen den ausdrücklichen Willen der Österreicher - 87% sprachen sich kurz nach dem 11. September '01 für die Beibehaltung der Neutralität aus - wollen sich sogenannte Volksvertreter (aller Parteien) in vorauselendem Gehorsam den amerikanischen und europäischen Kriegsherren andienen.

### Wasser, Schulen, Gesundheitswesen werden verscherbelt - und wir schauen zu?

In der nächsten Zeit stehen in Österreich wichtige Entscheidungen an, von denen unsere Politiker weder vor noch nach der Nationalratswahl gesprochen haben.

Seit 1995 wird im Rahmen der Welthandelsorganisation (WTO) unter Ausschluß der Öffentlichkeit über die weltweite Privatisierung verhandelt. Auch Österreich ist als WTO-Mitglied auf Regierungsebene einbezogen. In den letzten Jahren ist dazu, obwohl sehr unterschiedliche Regierungen am Ruder waren, keine wirkliche Opposition entstanden.

Bis 31. März 2003 muß die Republik Österreich bekanntgeben, welche bisher öffentlichen Dienstleistungsbereiche im Rahmen des GATS-Abkommens der WTO zur Privatisierung freigegeben werden. (GATS = General Agreement on Trade in Services / Allgemeines Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen). Wohlgernekt, es geht um öffentliche Einrichtungen, die unserem demokratischen Staat gehören, die wir mit

unseren Steuergeldern finanzieren und auf die wir als Bürger daher Anspruch haben. Es geht hier um unsere Bildung, um unser Gesundheitswesen, um unser Wasser, unsere Straßen und 150 andere Dienstleistungsbereiche. Werden die Schulen privatisiert, werden sich nur mehr wenige Menschen gute Schulen und eine solide Ausbildung leisten können. Hier wird unsere Demokratie demontiert und unsere Errungenschaften und Reichtümer werden verscherbelt.

### Wählen allein ist zu wenig

Was hier im Gang ist zeigt, daß es nicht genug ist, alle vier Jahre eine Partei zu wählen. Es ist genauso sinnlos - vor allem unverzeihlich gegenüber der nächsten Generation - die Hände in den Schoß zu legen und sich auf ein „Man kann eh nichts machen!“ zurückzuziehen. Das einzige Problem für Politiker und ihre Pläne ist Widerstand aus der Bevölkerung. Deswegen wird sehr viel Geld in Medienkampagnen gesteckt, die die Bürger täuschen und ihnen einen „Krieg für Demokratie“ oder „gegen Terror“ vorgaukeln. Obwohl heute jeder aufmerksame Bürger weiß, daß es beim Krieg gegen den Irak in Wirklichkeit um sehr viel Öl, Macht und Geld geht, wird nach wie vor versucht, die offensichtlichen Kriegsgründe zu verschleiern.

### Österreich braucht mehr Bürger-Mitbestimmung

Echte Demokratie braucht mehr wirksame Mitsprache der Bürger in wichtigen Fragen. Der Anstoß dazu kommt sicher nicht von Politikern, hier werden wir lange warten. Daher haben sich Bürger in der unabhängigen *Initiative für direkte Demokratie in Österreich* zusammengetan und fordern mit dem Volksbegehren für mehr direkte Demokratie gesetzlich bindende Volksabstimmungen für alle Volksbegehren mit über 100 000 Unterschriften. Informieren Sie sich über die Forderungen im Detail auf der letzten Seite dieser Ausgabe!

Adresskleber

# GATS: Österreichs Wasser, Gesundheitswesen und Bildung werden in Geheimverhandlungen zum Verkauf freigegeben!

Nach dem Aufweichen der Neutralität und dem Scheitern der Transitverhandlungen mit der EU steht jetzt auch noch die Privatisierung unseres Wassers, unseres Gesundheitswesens und sogar unserer Bildungseinrichtungen unmittelbar bevor. Österreich steht vor dem Ausverkauf seiner wertvollsten Lebensgrundlagen, um die uns viele Länder der Welt beneiden.

## Geheime Verhandlungen der Regierung bis Ende März 2003

Bis Ende März 2003 sind in der sogenannten „offenen Phase“ der GATS-Verträge von Österreich all jene Bereiche zu nennen, die zur Liberalisierung freigegeben werden.

Als die *Initiative für mehr direkte Demokratie* im mit der Verhandlungsführung beauftragten Wirtschaftsministerium angefragt hat, wurden wir zuerst mit dem Hinweis hingehalten, dass nicht „Dutzende LKWs voll Papier“ versendet werden könnten. Als wir nicht locker gelassen haben, war die Antwort: „Die Verhandlungen sind geheim. Wir dürfen den Stand der Verhandlungen nicht weitergeben.“ Wir haben mittlerweile die wesentlichen Punkte erfahren, und da versteht man plötzlich, warum die Bürger nichts wissen sollen. Es geht um Wasser, Bildung, Gesundheitswesen – alles Bereiche, in denen Österreich Spitzenqualität liefert und das für den Steuerzahler gratis oder zu geringen Kosten. Das soll sich nun gründlich ändern.

## Schlimme Folgen beim Ausverkauf der öffentlichen Dienste

Erfahrungen anderer Länder haben gezeigt, dass in privater Hand viele Bereiche kaputtgespart werden, sich unendlich verteuern und zu guter Letzt nicht mehr funktionieren.

- In England sind die Wasserpreise nach der Liberalisierung um 50% gestiegen. 19.000 Haushalten wurde der sprichwörtliche Wasserhahn abgedreht, weil sie die hohen Wasserrechnungen nicht mehr bezahlen konnten. Weiters wurden die Versorger 128mal wegen Vernachlässigung der Infrastruktur und minderer Wasserqualität verurteilt. Die Hepatitisfälle haben sich um 200% erhöht. Ferner wurde das Gesundheitssystem im Namen der „Eigenvorsorge“ so kaputtgespart, dass immer mehr Patienten zum Operieren nach Deutschland ausgeflogen werden.

- In der privaten Krankenversicherung müssen alte und kranke Menschen die höchsten Prämien zahlen.
- In den USA sind knapp 20% der Bevölkerung nicht krankenversichert - weil sie es sich nicht leisten können. Die Lebenserwartung ganzer Bevölkerungsschichten ist bereits nachweislich gesunken.
- Private Kranken- und Pensionsversicherungen suchen junge, gut verdienende und gesunde Vollerwerbsarbeiter. Die Versorgung der Menschen mit geringem Einkommen bleibt immer mehr auf der Strecke. Der Sozialstaat wird schrittweise zerstört.

Das GATS kommt nicht von ungefähr: Die großen Dienstleistungskonzerne der USA und der EU sind gut organisiert und betreiben systematisches Lobbying. Neben Banken und Versicherungen zählen große Wasserversorger (Vivendi, RWE), Energie- und Gesundheitskonzerne zu den Gewinnern des GATS. Das Schlimmste daran ist, dass einmal eingegangene „Liberalisierungsverpflichtungen“ nicht rückgängig gemacht werden können! Geplant ist die permanente Weiterliberalisierung.

Der ehemalige Direktor der WTO, Renato Ruggiero, urteilt: „Die Konsequenzen sind kaum absehbar. Ich vermute, dass die Regierungen die volle Reichweite der eingegangenen Verpflichtungen nicht erkannt haben.“

## Die Initiative für mehr direkte Demokratie unterstützt die Kernforderungen der Plattform „Stopp GATS“ ([www.stoppgats.at](http://www.stoppgats.at)):

- 1 Verhandlungsstopp. Die schlechende Preisgabe der öffentlichen Dienste, die Aushöhlung der Gestaltungsfähigkeit von Nationalstaaten, die geheimen Verhandlungen machen diesen Ausverkauf unmöglich.
- 2 Verfassungsmäßige Garantie des Rechts auf Wasser, Bildung, Gesundheitsvorsorge, Pension, öffentlichen Verkehr, Postdienste, Energie und Kommunikationsanschluß sowie die Sicherung der dafür notwendigen Mittel.
- 3 Vorrang von Allgemeininteressen vor privaten Profitinteressen. Regionalpolitik und Nahversorgung müssen möglich bleiben.

## Aktuelle Informationen zum Volksbegehr

**Der überparteilichen Plattform** zur Unterstützung des Volksbegehrens für mehr direkte Demokratie, der „Initiative für mehr direkte Demokratie“, haben sich bisher schon einige Initiativen und Arbeitsgemeinschaften angeschlossen. Andere unabhängige Gruppen, die ihre Übereinstimmung mit unseren Zielen bereits bekundet haben, werden folgen. Wir werden Ihnen ab jetzt in unserem Informationsblatt fortlaufend eine dieser Gruppen vorstellen - beginnend mit den „Österreichischen Müttern gegen den Krieg“ (siehe Art. S. 3)

### Wo und wann kann ich das Volksbegehr unterschreiben?

Um eine österreichweite Eintragungswoche für das Volksbegehr beantragen zu können, benötigen wir 8000 gültig unterschriebene Unterstützungserklärungen.

Wenn Sie selbst noch nicht unterschrieben haben: Gehen Sie mit einem Lichtbildausweis und einer Unterstützungserklärung in Ihr Gemeindeamt (in Wien: in eines der Bezirksämter) und unterschreiben Sie dort vor dem Beamten (zu Hause unterschriebene Formulare sind ungültig!). In Wien wird Ihre Unterstützung vom Magistrat weitergeleitet, wenn Sie in den Bundesländern unterschreiben, senden Sie bitte selbst die amtlich bestätigte Unterstützungserklärung an die Adresse der „Initiative für mehr direkte Demokratie“ (PF 78, 1108 Wien).

# Österreichische Mütter gegen den Krieg

Unterstützerinnen der Plattform für mehr direkte Demokratie in Österreich



Bild: ÖRK

Die aggressive Kriegspolitik der Amerikanischen Regierung, die weltweite Hochrüstung, die Zerstörung der österreichischen Neutralität machen uns große Sorgen.

Der Krieg als Mittel der Politik ist nach Europa zurückgekehrt. Wir wissen aber: Die Folgen eines Angriffs auf den Irak sind für die dort lebenden Menschen verheerend und für den Rest der Welt nicht abzuschätzen.

## Wir lassen uns nicht abspeisen...

Mit dem Gerede von militärischen Einsätzen für „friedenserwingende Maßnahmen“, zur „Krisenbewältigung“ oder gar im Namen der „Demokratie“ lassen wir uns aber nicht abspeisen. Kriege wurden immer im Namen schöner Worte und großer Ziele geführt. Das ist nichts Neues! Deshalb können und wollen wir nicht zuschauen, wenn der Krieg bei uns wieder salonfähig gemacht wird und Angriffskriege geplant und geführt werden. Es geht um Macht, Geld und Öl – nicht um Demokratie, denn:

## Demokratie braucht keinen Krieg

Wir lehren unsere Kinder das Gespräch als Weg der Konfliktlösung. Auch Konflikte im Völkerleben gehören an den Verhandlungstisch. Die Menschen sind sehr wohl in der Lage, ihre Konflikte auf diesem Weg zu lösen – man muß es nur wollen!

## Es geht um die Menschen hier, im Irak und anderswo

Als Mütter können wir nicht die Augen verschließen oder in Resignation verharren nach dem Motto: „Die machen ja ohnehin, was sie wollen ...“ Haben wir diese Haltung nicht unseren Eltern und Großeltern im Zweiten Weltkrieg vorgeworfen? Haben wir nicht angeklagt, daß dieses Schweigen der Menschen damals erst den Krieg mit allen Greueln ermöglicht hat?

Wollen wir schweigen, wenn in anderen Ländern für machtpolitische Interessen Kinder, Frauen und Männer getötet, geschunden, ausgehungert und zu Krüppeln gemacht werden? Wollen wir auch dann noch schweigen, wenn unsere Kinder Soldaten für kriegerische Angriffe sein sollen oder in und mit Kriegen leben müssen?

Als Bürgerinnen des neutralen Österreich liegen uns unsere Familien, unser Land, aber auch die Menschen, die außerhalb unserer Grenzen leben, sehr am Herzen. Die Verantwortung für diese unsere Welt liegt auch bei uns. Frauen haben meist gut gelernt, familiäre Verantwortung zu tragen und wissen auch, daß diese nicht vor der eigenen Haustür aufhört. Wenn wir uns aber damit begnügen, die öffentliche Verantwortung abzugeben (z.B. an Politiker, die nicht mehr die Interessen ihrer Bürger vertreten), handeln wir unverantwortlich und machen uns mitschuldig an himmelschreiendem Unrecht. Setzen wir ein Zeichen und treten wir ein für eine friedlichere Welt für unsere Kinder!

Bestellen Sie den Aufkleber und geben Sie bekannt, ob Sie an Veranstaltungen oder Publikationen interessiert sind.

### Österreichische Mütter gegen den Krieg

Susanne Hummelsberger

Postfach 20, 1193 Wien – Tel.: 0699-111 566 85

[muettergegenkrieg@gmx.at](mailto:muettergegenkrieg@gmx.at)

Österreichische Mütter gegen den Krieg  
PF 20, 1193 Wien, Tel.: 0699/111 566 85

Als Mütter in Österreich, im  
Irak oder anderswo:  
**Wir wollen  
keinen Krieg!**

Ich bestelle 10 Aufkleber: € 5.-

Ich bestelle 20 Aufkleber: € 10.-

Ich bestelle 50 Aufkleber: € 15.-

Name: \_\_\_\_\_

Adresse: \_\_\_\_\_

Bitte ausfüllen, ausschneiden, mit entsprechendem Betrag in Kuvert geben und an die oben angegebene Adresse senden!

## für Bürgerrechte durch mehr direkte Demokratie

### Unterstützungserklärungen

können jederzeit bei der „Initiative für mehr direkte Demokratie“ angefordert werden. Sie werden Ihnen gerne zugeschickt. Erzählen Sie auch Ihren Verwandten und Freunden vom Volksbegehren und geben Sie Unterstützungserklärungen weiter! Je schneller die nötigen Unterschriften beisammen sind, je wahrscheinlicher ist es, dass wir das Volksbegehren im Interesse aller österreichischen Bürger erfolgreich durchführen können. Warten wir nicht, bis unsere direktdemokratischen Rechte durch die geplante Totalreform der österreichischen Bundesverfassung („Österreich-Konvent“) weiter eingeschränkt werden!

### Wir laden Sie ein,

das Volksbegehren auch durch Ihre persönliche Mitarbeit aktiv zu unterstützen! Kommen Sie einfach zu einem der angegebenen Stände oder informieren Sie sich über weitere Möglichkeiten und aktuelle Termine.

**Tel.: 0676-777 46 87**

**oder auch im Internet unter**

**[www.direktdemokratie.at](http://www.direktdemokratie.at)**

**e-mail: [vb@direktdemokratie.at](mailto:vb@direktdemokratie.at)**

# Damit Volksbegehren endlich in die Tat umgesetzt werden!

## VOLKSBEGEHREN FÜR BÜRGERRECHTE DURCH MEHR DIREKTE DEMOKRATIE

Kein einziges der bisher 29 Volksbegehren in Österreich wurde vom Nationalrat zum Gegenstand einer Volksabstimmung gemacht. Die gewählten Parteipolitiker haben sich in entscheidenden Fragen weit von ihren Wählern entfernt und vertreten diese nicht mehr. Ein Großteil der Gesetze, die für unser Leben entscheidend sind, werden nicht mehr im Land, sondern in Brüssel

gemacht – unser Parlament beugt sich als EU Mitglied diesem Zustand. Österreich braucht daher ein Gesetz für direkte Demokratie, also für mehr echte Mitsprache der Bürger. Damit Politiker-Entscheidungen bei wichtigen Sachfragen an Mehrheitsentscheidungen der Gesamtbevölkerung gebunden werden können.

Wir – die unabhängige *Initiative für mehr direkte Demokratie in Österreich* – beantragen die Beschlussfassung eines Bundesgesetzes für die Verwirklichung der Bürgerrechte für alle Staatsbürger durch direkte Demokratie, mit den wichtigsten Bestimmungen wie folgt:

### 1. Bindende Volksabstimmung ab hunderttausend Unterschriften

Volksbegehren, die von mindestens hunderttausend Stimmberechtigten unterschrieben werden, müssen binnen sechs Monaten nach Einreichung der Unterschriften automatisch ohne weitere formale Hürden einer Volksabstimmung unterzogen werden, deren Mehrheits-Ergebnis für Parlament und Regierung bindend ist – so wie dies in der Schweiz schon seit vielen Jahrzehnten üblich ist und funktioniert.

### 2. Keine inhaltlichen Einschränkungen der Anliegen von Volksbegehren

Gegenstand von Volksbegehren und Volksabstimmungen können auch in Zukunft alle Anliegen bzw. Sachfragen ohne jede inhaltliche Einschränkung sein.

### 3. Freie Unterschriftensammlung

Unterschriften für Volksbegehren können frei gesammelt werden, und müssen nicht wie bisher vor den Gemeindebehörden oder einem Notar geleistet werden.

### 4. Ehrliche Meinungsbildung

Bei allen Informationsmitteln, die von der öffentlichen Hand, das heißt aus Steuergeldern (mit)finanziert werden (Wahlparteien, große Zeitungen, Rundfunk, Fernsehen) müssen Befürworter und Gegner von Bürgeranliegen in gleichem Ausmaß zu Wort kommen.

## Infostände zum Volksbegehen

Mithilfe ist sehr willkommen!

**Donnerstag, 20. 2., 15 - 17 Uhr**  
Wien 1, Schottenpassage

**Freitag, 14. 3., 15 - 17 Uhr**  
Wien 22, bei U1-Station Kagran, Ausgang Donauzentrum

**Samstag, 22. 2., 10 - 13 Uhr**  
St. Pölten, Riemerplatz (bei der Skulptur)

**Freitag, 21. 3., 16 - 18 Uhr**  
Amstetten Hauptplatz (schräg vis-à-vis Rathaus)

**Dienstag, 25. 2., 13.30 - 15.30**  
Wien 1, Schottenpassage

**Freitag, 28. 3., 15 - 18 Uhr**  
Linz Landstraße / Taubenmarkt / beim Brunnen

**Freitag, 7. 3., 16 - 18 Uhr**  
Wien 12, Meidlinger Hauptstraße / Ecke Hilschergasse

**Freitag, 4. 4., 15.30 - 18 Uhr**  
Klosterneuburg, Stadtplatz

